

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anzgeb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: 44 28 86. Postsch., Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
16. Jahrgang **Hamburg, 30. Juli 1932** Nummer 31

Ein weiteres Jahr Verbandsarbeit

I.

In den nächsten Wochen erhalten die Filialverwaltungen das Jahrbuch unseres Verbandes für 1931 zu gestellt. Auf 150 Druckseiten ist in diesem alles aufgezeichnet, was sich Wesentliches in unserer Organisation ereignete und woraus zu erkennen ist, was an Arbeit von unsern Funktionären geleistet werden mußte. Aber nicht nur das. Das Jahrbuch gibt auch einen Einblick in das gesamte Wirtschaftsgeschehen im Jahre 1931, insbesondere in die Verhältnisse der Bauwirtschaft, des Malergewerbes und jener Industrien, in denen Lackierer beschäftigt sind. Bei der engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik ist es fast selbstverständlich, daß wenigstens in der Einleitung auch mit einigen Sätzen auf die politische Entwicklung in Deutschland im Jahre 1931 hingewiesen wird. Diese war, ebenso wie die Wirtschaftsentwicklung, für die Arbeiterschaft sehr unbefriedigend, doch haben die Arbeitnehmer schon in der ersten Hälfte des Jahres 1932 erfahren, daß noch weitere Verschlechterungen möglich sind.

Wie die Gewerkschaften allgemein, so hat auch unsere Organisation, dafür liefern die Berichte und Zahlen im Jahrbuch den treffendsten Beweis, alles unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche getan, um die trostlose Lage der Kollegen zu bessern beziehungsweise der weiteren Verelendung der Kollegen entgegenzuwirken. Wenn das nicht in ~~Wünschenswerten Maße gelungen ist, so setzt sich~~ darin wieder die ~~Richtigkeit der Anschauung, daß die Verhältnisse oftmals härter sind als der Wille einzelner Menschen.~~

Schon im Jahrbuch unseres Verbandes für 1930 war von dem Abgleiten der Konjunktur und damit einer Vergrößerung des Arbeitslosenheeres in Deutschland die Rede. Leider hat sich diese Entwicklung während des Jahres 1931 in verstärktem Maße fortgesetzt, wovon allein schon die zunehmende Zahl der Arbeitslosen Zeugnis ablegt, die am Jahreschluss auf sechs Millionen angeschwollen war. Die Industrie war kaum noch zu einem Drittel ihrer Kapazität ausgenutzt; viele Werke wurden geschlossen, die Zahl der Konturle stieg erheblich, große bis dahin für sehr leistungsfähig gehaltene Banken, Konzerne und sonstige Unternehmungen stürzten zusammen, und auch breite Kreise des Mittelstandes proletarisierten völlig. Die ungeheure Wirtschaftskrise, von der alle Industriestaaten der Welt heimgesucht wurden, traf Deutschland besonders hart, weil hier zu den vielen sonstigen Ursachen noch jene hinzukommen, die auf den Weltkrieg zurückzuführen sind, zum Beispiel hohe Zinsbelastung für aufgenommenen Auslandsanleihen, Verlust der Rohstoffgebiete, Reparationszahlungen usw. Besonders prekär wurde die Lage, als im Juni 1931 das Ausland, besonders Frankreich, dazu überging, die kurzfristigen Auslandsanleihen zurückzuziehen. Aufgeschreckt durch die notwendigen Maßnahmen der Regierung und die Zusammenbrüche in der Wirtschaft, begannen die Sparer einen Run auf die Sparkassen und Banken, womit das Uebel der fehlenden Zahlungsmittel und Kredite natürlich keineswegs gebannt, sondern nur noch verschärft wurde.

Mit noch größeren Schwierigkeiten als in den letzten Jahren hatte die Landwirtschaft zu kämpfen; denn die von ihr für ihre Produkte erzielten Preise waren, gemessen an jene für Industrieerzeugnisse, recht gering, trotzdem sie fast allgemein, besonders beim Getreide, weit über den Weltmarktpreisen lagen. Damit ist für jeden Einsichtigen klar geworden, daß der Landwirtschaft durch immer höhere Zölle auf landwirtschaftliche Produkte allein nicht zu helfen ist.

Wie kein anderer Wirtschaftszweig hat die Bauwirtschaft unter den verheerenden Wirkungen der Krise gelitten. Nachdem Reich, Länder und Kommunen einen immer größeren Teil der Hauszinssteuern für den allgemeinen Finanzbedarf beanspruchten, so daß Hauszinssteuermittel für das Bauen kaum noch zur Verfügung stehen, Private aber kaum Bauaufträge erteilen, ist es erklärlich, daß die Bauwirtschaft am Ende des Jahres 1931 nur noch zu etwa 10 % ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt war. Über schon in den Sommermonaten waren in den baugewerblichen Berufen mehr als 600 000 Personen ohne Beschäftigung. Nach vorsichtigen Schätzungen müßten in den Jahren 1932 bis 1935 je 280 000 Wohnungen, und in

den Jahren 1936 bis 1940 je 210 000 Wohnungen erbaut werden, um den eintretenden Bedarf zu decken. Wenn, wie leider angenommen werden muß, die Zahl der erstellten Wohnungen in den nächsten Jahren weit unter dem notwendigen Soll bleibt, ist die sich logischerweise ergebende Folge neben der Arbeitslosigkeit der Bau-

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellte und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Deutscher Beamtenbund**

arbeiter eine erhöhte Wohnungsnot, unter der wieder vor allem die Arbeiter zu leiden haben. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat im Jahre 1931 verlagert. Die Wirtschaftsführer haben sich als völlig unfähig erwiesen. Die Arbeiterschaft erhebt daher mit Recht die Forderung, daß der Staat viel mehr Einfluß als bisher auf die Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung nehmen muß.

Wie trostlos es mit der Arbeitslosigkeit im Malergewerbe aussah, geht nicht nur aus dem bisher Gesagten schon hervor, es ist den Kollegen auch aus unsern monatlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeitslosigkeit bekannt. Im Durchschnitt waren 70,7 % der Kollegen während des ganzen Jahres arbeitslos, ein ungeheurer Prozentsatz, wie er ohne Vergleich mit früheren, auch den schlechtesten Jahren dastehen dürfte. Diese Tatsache ist vor allem auf die Gesamtsituation in der Wirtschaft zurückzuführen, doch kommen daneben noch manche andere Ursachen, so die ungeheuer übersteigerte Lehrlingszahl, die jahrelang von den Meistern gehalten wurde, die Schmutzkonkurrenz, die Zunahme des Selbstanstrichs, die veränderte Geschmacksrichtung, teils auch die Schwarzarbeit, hinzu. Wiederholte Anregungen von unserer Seite beim Reichsbund des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks, gemeinsam über diese Fragen zu sprechen und Wege zur Besserung der Lage zu suchen, führten nicht zum Ziel. Der außerordentliche Tiefstand der Materialpreise brachte dem Malergewerbe ebenfalls keinerlei Erleichterung der Lage.

Fast ebenso trostlos sah es, wie aus dem eingehenden Bericht im Jahrbuch über die verschiedenen Industrie-

zweige, in denen Lackierer beschäftigt sind, hervorgeht, für die hier beschäftigten Kollegen aus. Auch sie litten unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in einem früher nicht gekanntem Umfange; denn die Produktion wurde auf einen Bruchteil der Normalhöhe eingeschränkt.

Wie aus dem Abschnitt über die Allgemeine Tätigkeit des Vorstandes zu ersehen ist, hat sich dieser durch die schlechte Wirtschaftslage in seinem Streben zur vollen Erfüllung aller ihm gestellten Aufgaben nicht beirren lassen. Die ungewöhnlich schlechte Konjunktur zwang ihn, sich mehr als je um das Problem der Arbeitsbeschaffung zu bemühen. Das ist dann auch in umfangreicher Weise geschehen. So wurden nicht nur eine gedruckte, in 4000 Exemplaren hergestellte Eingabe an die Ministerien des Reiches und der Länder, an die Reichsbahn- und Reichspostbehörde, und von den Bezirksleitern noch an alle örtlich für die Arbeitsvergebung in Betracht kommenden Stellen verschickt, sondern zusammen mit dem Reichsausschuß für Sachwerterhaltung auch sonst alle Wege beschritten, die Aussicht auf Erfolg boten. Wiederholt wandte sich der Vorstand auch gegen Maßnahmen der Behörden, zum Beispiel des Reichswehrministeriums, die Malerarbeiten trotz der katastrophalen Lage im Gewerbe von Berufsfremden ausführen ließen. In einem Schreiben an den Reichskanzler — damals noch Behring — wurde scharf gegen ein Schreiben des Reichsverkehrsministers ~~Erst~~ an die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn protestiert, in dem zum Ausdruck gebracht war, daß bei Vergebung von Aufträgen besonders die kleineren Geschäfte, die sich eventuell zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen könnten, zu berücksichtigen seien. Es wurde von uns befürchtet, daß bei Durchführung dieser Richtlinien noch weniger Gehilfen in Arbeit kommen würden. Die uns gewordene Antwort hat unsere Befürchtungen teils zerstreut. Die dem Vorstand von den Filialen gemachten Angaben über ihre Erfolge bei der Arbeitsbeschaffung zeigen, daß diese, gegenüber den Jahren mit besserer Konjunktur, wesentlich zurückblieben.

Unter diesen Umständen mußten alle Funktionäre des Verbandes bestrebt sein, den arbeitslosen Kollegen wenigstens bei Erhalt ihrer Unterstützungen behilflich zu sein, was auch in großem Umfange, besonders von den Bezirksleitern und Filialangestellten geschehen ist. Zusammen mit den Organisationen, die im AOBZ. zusammengeschlossen sind, wählten wir uns auch gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, ohne diese aber völlig verhindern zu können. Erfreulicherweise war es wenigstens möglich, unsern Kollegen, von denen immer noch ein Teil mit den Sägen der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter bedacht wurde, fast sämtlich die regulären Unterstüßungssätze zu verschaffen.

Erfolge zeitigte auch unser Kampf gegen die Bleisunheitschäden. Auf die am 27. November 1930 in Kraft getretene Verordnung zum Schutze gegen Bleivergiftung bei Anstricharbeiten wurde schon im Jahrbuch für 1930 hingewiesen. Sie enthält gewiß noch mancherlei Mängel, ist doch zum Beispiel noch nicht einmal ein völliges Verbot der Bleifarbenverwendung beim Spritzverfahren ausgesprochen, aber sie bedeutet doch einen großen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen. Nach unsern statistischen Erhebungen sowohl als den Meldungen der Gewerbeaufsichtsbeamten, ist die Zahl der von Bleikrankheit befallenen Berufskollegen immer noch recht erheblich; für 1930 meldeten 25 Gewerbeaufsichtsbeamten 264 Bleikrankungsfälle, die restlichen Beamten machten leider keine spezialisierten Angaben. Neben den Bleikrankungen gewinnen die Schädigungen durch leichtflüchtige Lösungsmittel und Verdünnungsmittel ständig an Bedeutung. Ihre in den letzten Jahren stark zunehmende Verwendung hat die Erkrankungsgefahren für unsere Kollegen erheblich gesteigert und ein Zunehmen der Hauterkrankungen zur Folge gehabt. 94 solcher Fälle wurden uns auf einem Fragebogen am Schluß des Jahres 1931 gemeldet, doch handelt es sich bei ihnen nur um solche ersten Art, weil nach leichteren Fällen nicht gefragt wurde. Bei der Anwendung des Spritzverfahrens in oft schlecht zu lüftenden oder mit ungenügender Abfaugevorrichtung versehenen Räumen sind die Kollegen auch stark

inneren Organerkrankungen ausgeführt. Es war daher zu begrüßen, daß der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats auf Betreiben der Gewerkschaften am 19. Mai 1931 einstimmig beschloß, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, dafür einzutreten, daß Latierereien im Haupt- oder Nebenbetrieb, in denen gesundheitschädliche Lösungs- und Verdünnungsmittel verwendet und Farben und Lacke in Spritzverfahren verarbeitet werden, die nach dem Stande der Technik bestmöglichen Lüftungs- und Absaugevorrichtungen einrichten müssen, und die Gewerbeaufsicht angewiesen wird, mit allen gesetzlichen Mitteln auf Erfüllung des Verlangens unter 1 zu bestehen. Auch sonstige Verbesserungen wurden dem Minister vorgeschlagen. — Der Verbandsvorstand beteiligte sich auch wieder an den Arbeiten der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Der Bundesausschuss des ADGB tagte

Am 21. Juli traf der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesausschuss zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Rundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preussische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Verfassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlt.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,

neue Gefahren abwehren,

die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,

dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute an mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand und Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Ärmsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Arbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

Der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten

Die Unternehmerpresse kümmert sich sehr wenig um diese Frage, wenn wir unsern Anspruch auf auskömmliche Löhne auch mit Produktionsinteressen begründen, damit die zur Aufrechterhaltung der Produktion erforderliche Massenaufkraft nicht weiter geschwächt werde. Um so mehr ist dort, wo höhere Löhne an den Produktionskosten die Rede, wenn es gilt, für Lohnsenkungen Propaganda zu machen. Orwoll plötzlich das Lohnniveau als das beinahe ausschließliche Einkommen der Volkswirtschaft hingestellt, da bestehen die Produktionskosten dann fast ausschließlich aus Löhnen. Es wird fast allgemein behauptet, häufig auch in wissenschaftlichen Arbeiten, daß die Produktionskosten in der deutschen Wirtschaft zu 80 bis 90 % aus Arbeitslöhnen bestehen. Man will zu dieser Zahl kommen, indem man nicht den Lohnanteil an den Produktionskosten irgendeines bestimmten Produktionszweiges berechnet, sondern berücksichtigt, daß auch die Roh- und Zwischenprodukte und Betriebsstoffe, die im betreffenden Produktionszweig verbraucht werden, Lohnaufwendungen enthalten. z. B. enthält die Kohle, die Maschine usw., die in einer Textilfabrik gebraucht wird, Lohnaufwendungen, die bei der Herstellung dieser Waren ausgegeben wurden. Diese Berechnung ist zwar berechtigt, jedoch ist die erwähnte Zahl von 80 bis 90 % als die Höhe der Lohnaufwendung an den Produktionskosten völlig aus der Luft gegriffen. Irgendwelche wissenschaftliche Berechnungen lagen zur Befestigung dieser kühnen Behauptung nicht

vor. In der „Sozialen Praxis“ Heft 15/17 verlegt jetzt der Hefelberger Privatdozent Dr. J. Warchal die wirtschaftliche Höhe der Lohnaufwendungen zu berechnen und kommt im Gegensatz zu jenen oberflächlichen Feststellungen zu einem Prozentfuß, der zwischen 50 und 60 % liegt. Warchal geht von dem Volkseinkommen aus und bezieht mit Nachdruck, daß der in der Schätzung des Statistischen Reichsamtes enthaltene Lohnanteil an dem gesamten Volkseinkommen auch das Arbeitseinkommen der Beamten einschließt, der leitenden Generaldirektoren usw. mit enthält, das bei Lohnpolitischen Auseinandersetzungen unter keinen Umständen mitgezählt werden darf. Macht man aus diesem Grunde einen Abstrich von 2 bis 3 %, so bleibt der Anteil der eigentlichen Lohn- und Gehaltssumme jedenfalls unter 55 %. Untersucht man die Frage von der Seite der Produktion und nimmt man für die industrielle Fertigwarenproduktion selbst einen Lohnanteil von 70 % als mittelbare und unmittelbare Arbeitskosten im Durchschnitt an, so würde selbst unter dieser Annahme der Lohnanteil an den gesamten deutschen Produktionskosten 50 bis 60 % unter keinen Umständen übersteigen, ja würde er darunter bleiben. Denn es müssen auch die geringeren Arbeitskosten in der Landwirtschaft, im Handel, im Verkehrswesen usw. berücksichtigt werden, wenn man den Lohnanteil in der ganzen Volkswirtschaft berechnen will. Auch diese Untersuchung zeigt, daß es bei den Produktionskosten nicht allein um Löhne ankommt, sondern es gibt noch andere Kostenelemente der Produktion, vor allem der Unternehmergewinn, der vor den Löhnen gesenkt werden könnte.

Wir wollen Lebensraum

In dem Heer der 6 Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland befinden sich eine Million jugendlicher unter 21 Jahren und eine Million im Alter von 21 bis 25 Jahren. In weiten Kreisen ist man sich immer noch nicht der besonderen Not, die hinter diesen Zahlen steht, bewußt. Es sind aber nicht allein diese Zahlen, die von der Jugendnot Zeugnis geben. Ist nicht die ganze Jugend, gleich ob sie im Produktionsprozess steht, ob sie einen Ausbildungsgang durchmacht, mit einbezogen in diese Not? Die Möglichkeit, früher oder später dem Heer der Erwerbslosen eingereiht zu werden, steht vor jedem. Gab es je eine Jugend wie die heutige, die keinen Weg in die Zukunft sieht; gab es je eine, die all das Schwere seit 1914 mit erleben mußte und die keinen Halt in irgendeinem Lebensziel finden konnte? Grau in grau liegt vor der Jugend die Zukunft.

Hat man immer Verständnis gehabt für diese Jugend, hat nicht der ältere Mensch, nur seine Not spürend, nur seine Verhältnisse lebend, oft den Stab über sie gebrochen und hat man dadurch den Lebensraum der Jugend nicht über die ohnedies schon durch die Wirtschaftskrise gebrachte Einengung noch weiter eingeschränkt? Uns scheint, daß der ältere und angeblich erfahrene Mensch hier manchmal gesündigt hat.

Es sei anerkannt, daß Organisationen, und speziell die Organisationen der Arbeiterschaft, Großes für die Jugend geschaffen haben, daß ältere Menschen mit Einfas ihrer ganzen Persönlichkeit und unter Aufgabe ihrer persönlichen Interessen für sie gewirkt haben und noch wirken. All das sei dankend anerkannt. Aber all die vielen Erfolge dieser Bestrebungen reichen nicht aus, der Jugend den notwendigen Lebensinhalt, die notwendige Zielstrebigkeit zu geben, die ihr durch die Katastrophe der Wirtschaft entzogen wurden.

Wie oft kann man Leute hören, diese Jugend ist zu nichts zu gebrauchen. Alles was für sie erkämpft und getan wurde, weiß sie nicht zu würdigen, sie geht darüber hinweg. Dabei wird vergessen, daß alle jugendpflegerische Betreuung und Maßnahmen, so gut und so notwendig wie sie sind, die heutige Jugendnot nur lindern, aber nicht beheben kann. Das Streben darüber hinaus nach Lebensinhalt, nach sinn- und wertvoller Betätigung bleibt bestehen. Die Jugend braucht und will Lebensraum, für sie ist dies das Primäre, und in diesem Streben findet sie nicht Zeit, die Tätigkeit derjenigen zu würdigen, die den Boden geebnet haben, auf dem aufgebaut werden kann. Ja, in ihrem Drängen gefährdet sie oft — um bei dem

Zur Geschichte des Wählens

Es vergeht kaum eine Woche, in der man nicht von Wahlen, von Volksbegehren oder von einem Volksentscheid in irgendeinem Ländchen in der Presse liest. Wir sind schon so daran gewöhnt, von unserm Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen, daß uns gar nichts mehr Besonderes dabei einfällt, wenn wir zur Wahlurne schreiben, um unsere Stimme abzugeben. Wir, die wir frei und ungehindert an dem politischen Geschehen tätigen Anteil nehmen dürfen, vergessen nur allzu leicht, welche schwere Kämpfe im Laufe einer langen Entwicklung ausgefochten werden mußten, bis diese „Selbstverständlichkeit“ erritten war.

Jetzt naht die Reichstagswahl, wieder dürfen wir zur Wahlurne gehen und das höchste Recht eines Volkes, das Wahlrecht, ausüben. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung des Wählens erscheint angebracht.

Schon Solon, der griechische Staatsmann und Dichter, der 640 vor Christi geboren wurde, schuf für seine Vaterstadt Athen eine neue Verfassung, die als Vorstufe der Demokratie bezeichnet werden kann. Er war wohl der erste Staatsmann, der das Volk zu selbstständiger, lebendiger Teilnahme am Staate zu erziehen versuchte. Er wollte durch seine Verfassung die Kluft zwischen Adel und Volk überbrücken, die Annäherung des Adels hemmen und die Entwürdigung des Volkes bejagen. Solon war für die Beilegung der Standesvorrechte und verfügte eine „nach den Leistungen abgestufte Beteiligung aller Staatsbürger an der Regierung“. Solons Staatsverfassung war also keine rein demokratische, war eine mehr timokratische. Aber selbst diese Staatsverfassung bedeutete in der damaligen rein aristokratischen Herrschaft der Willkür einer dünnen Aristokratie der erste Schritt zur demokratischen Gestaltung. Das erste Wahlrecht für die freien Staatsbürger vor 2500 Jahren, von welchem Recht die Sklaven aus-

geschlossen waren, war noch ein richtiges Klassenwahlrecht, da in vier Klassen gewählt wurde. Es war in wenigem nur von dem preussischen Dreiklassenwahlrecht bis zum Kriegsende 1918 unterschieden, von welchem Wahlrecht selbst der konservative Bismarck sagte, daß es das elendeste aller Wahlsysteme sei.

In der Volksversammlung vor über 2600 Jahren gab es noch eine Reihe von drakonischen Strafen für solche Abgeordnete, die ihre höchste Pflicht, im Interesse des Volkes zu wirken, vernachlässigten. Fehlen bei wichtigen Entscheidungen wurde mit schweren Geldstrafen, ja, in besonders schweren Fällen mit dem Tode geahndet. Wir sehen, das Hauptmerkmal der Solonischen Verfassung ist die Festlegung des Klassenstaates, beide Klassen, die Besizenden sowohl als auch die Ausgebeuteten, erhalten einen bestimmten Anteil an der Macht. Der Todesstoß dieser Auffassung liegt in der Tatsache begründet, die sich im langen Lauf der Geschichte immer klarer herauskristallisiert hat, in der Tatsache nämlich, daß man nicht zugleich die Rechte der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten vertreten kann!

Die Geschichte der Parlamente aller Staaten hat erwiesen, daß nur ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht Staaten vor allzu schweren Erschütterungen bewahren können.

Zuerst hat dies England erkannt, das durch die Revolution Cromwells im Jahre 1647 sich die erste neuzeitliche demokratische Volksvertretung schuf.

Island kann sich rühmen, in seinem „Althing“ das älteste der Parlamente zu besitzen, und hat in diesem Jahr das tausendjährige Bestehen seines demokratisch erwählten Parlaments gefeiert.

England kann sich auch rühmen, den ersten Soldatenrat besessen zu haben. Dieser erste Soldatenrat erließ in den Revolutionstagen des Jahres 1647, am 29. Oktober, den ersten Entwurf eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

Die geheime Abstimmung brachte erst die französische Revolution, während in England noch bis zum Jahre 1872 die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben wurde. — Die ersten offiziellen Stimmzettel im vorgeschriebenen Format wurden erst 1849 in Frankreich und in Deutschland 1869 eingeführt.

Der nordamerikanische Staat Wyoming kann sich rühmen, als erster Staat der Welt bereits 1869 das Recht der Frau zum Wählen beschlossen zu haben.

Die bei uns durch die Revolution von 1918 eingeführte Listenwahl hat bereits im Jahre 1854 Lord Russell im englischen Unterhaus empfohlen. England selbst aber hat bis auf den heutigen Tag diesen Rat nicht befolgt.

Die Listenwahl wurde in Deutschland zuerst von Württemberg eingeführt, das bereits einige Jahre vor dem Kriege neben den 70 Bezirksabgeordneten der einzelnen Oberämter durch Schwarzwald- und Donautreis 9, durch Neckar- und Jagstkreis 8 und durch die „gute Stadt Stuttgart“ 4 Abgeordnete nach der großen Verfassungsreform in den württembergischen Landtag durch das Proporzwahlssystem delegierte.

Andere demokratischen Verfassungen unterliegen — offen zugegeben — Erschütterungen, weil zeitweise nicht alle Wünsche auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten erfüllt werden können. Gerade jetzt leben wir wieder in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not weite Kreise dazu treibt, demokratischen Auffassungen mit Mißtrauen gegenüberzutreten. Eine große Masse politisch ungeschulter Wähler ist in ihrer Verzweiflung gewillt, den lauten Versprechungen politischer Schreier ein williges Ohr zu leihen. Doch schwebt die Demokratie allzusehr im geistigen Raum. Erst eine demokratische Staatsauffassung, bei der sich zur geistigen Freiheit die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller gesellt, wird unerschütterlich allen monarchistischen und despotischen Ansetzungen die Spitze bieten können! Eine solche Demokratie läßt sich jedoch nur durch den sozialistischen Staat verwirklichen! S. F.

Beispiel zu bleiben — die Arbeit der Bodenbereiter. Ertrag ist das keine, es kann nur eine werden, wenn beide nicht den Weg der Verdünnung finden. In beiden Vor- teil ist Verdrängung jedoch dringende Notwendigkeit.

Der Ruf der Jugend nach Lebensraum ist nicht diktiert von kleinlichen und egoistischen Motiven oder sogar von dem Streben, die eigene Not abzumildern auf die Schultern der Aelteren. Auch die Jugend weiß, daß ihre Not Ausdruck der allgemeinen Not ist, und sie hat sozial- darisches Empfinden, daß sie es als ihre Pflicht auffaßt, daran mitzutragen. Aber nicht still und ergeben will sie tragen und abwarten, bis ihr die Last abgenommen wird — mitleidig und mitleidig will sie den Tag der all- gemeinen Befreiung anstreben.

Die Gewerkschaftsbewegung, die gesamte Arbeiter- bewegung hat, nachdem ihre Pläne der Arbeitsbeschaffung durch die politische Entwicklung in die Ferne gedrückt worden sind, die Aufgabe, ihrer Jugend, der Jugend über- haupt, auf irgendwelche Weise Lebensraum zu schaffen. Das Streben der Jugend geht in dieser Richtung konform mit den Zielen der Arbeiterbewegung. Ihr Ziel kann und wird Lebensziel der Jugend werden, wenn ohne Vorein- genommenheit nüchtern und klar und vielleicht unter Auf- gabe angeblicher Grundsätze Wege beschritten werden, die zur gefühlten und lebendigen Gemeinschaft führen.

Balluff.

Steuerliche „Begünstigungen“ der Konsumgenossenschaften

Landbau, Landbau wird von Nationalsozialisten und sonstigen verantwortungslosen Menschen mit weitem Ge- wissen immer wieder darauflos behauptet, die Konsum- genossenschaften können ihren Mitgliedern nur deshalb wirtschaftliche Vorteile bieten, weil sie entweder steuerlich „begünstigt“ oder überhaupt „steuerfrei“ seien. Diese Lügen sind nicht von heute. Schon vor vierzig und mehr Jahren haben die Händler ihren an sich ja durchaus ver- ständlichen Kampf gegen die Konsumgenossenschaften mit der Steuerfrage geführt. Nuzlos. Denn sie mußten gleich- zeitig zugeben, was sie sonst bestritten, daß die Kon- sumgenossenschaften ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile bieten.

Und wie es mit der Steuerbegünstigung aussieht, das zeigt auf dem diesjährigen Jenaer Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine die Fest- stellungen des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Bästlein, wonach die dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften von Jahr zu Jahr steigende Steuerleistungen tragen müssen. Und zwar bei sinkendem wie steigendem Warenumsatz. So wurden im Jahre 1929 bei einem Umsatz von 1176,3 Millionen Mark 19,85 Millionen Mark Steuern gezahlt, 1930 bei 1240,3 Millionen Mark Umsatz 26,8 Millionen Mark Steuern und 1931 bei 1160,2 Millionen Mark Umsatz 32,3 Milli- onen Mark Steuern! Also gewaltig ansteigende Steuer- summen bei gleichzeitig sinkendem Umsatz. Wobei noch festzustellen ist, daß die Konsumgenossenschaften absolut sichere und reelle Steuerzahler sind, was schon durch ihre offene Buchführung gewährleistet ist.

Wie diese Tatsache auf der andern Seite aussieht, hat sich bei der Aufhebung des steuerfreien Um- satzes bis zu 5000 M gezeigt, der bei Konsum- genossenschaften überhaupt nicht vorkommt. Die Begrün- dung für die Beseitigung der Umsatzsteuerfreigrenze durch die Notverordnung der Papenregierung enthält die Feststellung, daß zahlreiche Betriebe, die früher einen höheren Umsatz als 5000 M erzielten, nun auf einmal unter diesen Satz fielen und somit umsatzsteuerfrei blieben. Die Papenregierung rechnet hierbei mit einem Ausfall von weit über 100 Millionen Mark, der zu- sammen mit der Besteuerung aller, also auch der kleinsten Umsätze der Landwirte, Handwerker usw. nun nicht weniger als 120 bis 130 Millionen Mark jährlich bringen soll. Abgesehen von dieser „betonten“ Mittel- standspolitik der Papenregierung von Hitlers Gnaden ist aber festzustellen, daß weder die Konsumgenossenschaften noch die vielgeschmähte Sozialdemokratie eine solche Be- handlung der kleinen Mittelstandsklasse billigen, ja sogar in schärfster Weise bekämpfen, steht noch die Tatsache, daß Konsumgenossenschaften mit 1 Million Mark Warenumsatz nicht nur mit 2%, sondern mit 2,5% Umsatzsteuer be- lastet sind. So müssen beispielsweise im kleinen Württem- berg 12 Konsumgenossenschaften mit einem Schlag jährlich 250 000 M Sonderumsatzsteuer zahlen, was einem Gewerbesteuerzuschlag von 160 bis 180% gleichkommt. In Thüringen ist auf Drängen der Na- tionalsozialisten eine Lohnsummensteuer für alle Betriebe mit jährlich über 300 000 M Warenumsatz ein- geführt worden, die den armen und zumeist arbeitslosen Mitgliederfamilien der Konsumgenossenschaften des Thüringer Waldes 350 000 M Ersparnisse (Rückvergütung) wegnimmt.

Die tollste Ausnahmesteuer, die die Konsum- genossenschaften zu zahlen haben, ist ja wohl die Ge- werbesteuer, die durch das Steuervereinfachungs- gesetz ganz allgemein am 1. April 1933 in Kraft treten soll. Aber die Konsumgenossenschaften zahlen mit wenigen Ausnahmen schon Jahrzehnte Gewerbesteuer, obwohl sie nach den Entscheidungen deutscher Höchst- gerichte gar keine Gewerbebetriebe sind. Und das „Schönste“ daran ist, daß die Konsumgenossenschaften zwar Gewerbesteuer zahlen müssen, aber keine Gewerbesteuer besitzen, da sie nur an ihre Mit- glieder Waren abgeben dürfen.

Trotz all diesen Rechts- und Steuerfällen soll den Konsumgenossenschaften auch noch ein Fiktionalsteuer- zuschlag zur Gewerbesteuer in Höhe von 20% um den Hals gehängt werden, damit die Rückvergütung der Mit- glieder, unter denen sich Tausende von arbeits- losen Familienvätern befinden, noch kleiner wird. Warum denn auch nicht? Man legt die Notrenten ... die Arbeitslosenunterstützung herunter und warum sollen die davon hart Betroffenen nicht auch noch von den Rückvergütungsgrößen aus dem „Konsum“ abgeben? Der Wohlfahrtsstaat ist nur für die Junker da. —ft.

Das Bauen ist billiger geworden

Den hohen Baukosten wurde vielfach die Schuld an dem Niedergang der Bauwirtschaft zugeschoben. Das zu untersuchen, wäre zwecklos; gewöhnlich bilden sich der Konjunktur entsprechende Preise und Herstellungskosten. Sie sind von der Konjunktur abhängig und nicht die Konjunktur von ihnen. Die mit der Krise abgeschlossene Konjunkturperiode war durch besonders hohe Preise und Herstellungskosten in allen Wirtschaftszweigen gekennzeich- net. Die Baukosten machten dabei keine Ausnahme; sie gehörten mit zu den höchsten Bestehungskosten.

Mit dem Rückgang der Baukonjunktur sanken die Baukosten. Je geringer die Zahl der Bauaufträge wurde, um so stärker wurde die Konkurrenz der Unternehmer um die Aufträge. Das führte zwangsmäßig zu genaueren Kalkulationen im Submissionswesen. Die Baukostenpreise sanken mit dem zurückgehenden Absatz erheblich. Die Bau- arbeiterlöhne wurden im Verlauf der Krise dreimal herab- gesetzt. Der Maurerlohn ist dabei durchschnittlich im Reich um 23% gesunken worden, die übrigen Bauarbeiterlöhne in entsprechendem Umfang. Wie weit der Kalkulationspiel- raum vorher gewesen ist, beweist die Entwicklung der monatlich veröffentlichten, amtlich festgestellten Bau- inderzahlen. Seit Oktober 1929 ist der Bauindex bei gleich-

bleibenden Bauarbeiterlöhnen von 181,2 auf 144,1 im April 1931, also um 37,1 Punkte, gesunken. Die Bau- kosten sind in dieser Zeit um 26% zurückgegangen, obwohl sich die Löhne nicht veränderten. Ende Mai dieses Jahres stand der Bauindex auf 123,5; er hat somit ein Drittel seines Höchststandes vom Oktober 1929 eingebüßt.

Unser Schaubild gibt ein interessantes Beispiel, das aus der Praxis herausgegriffen ist. Es handelt sich um ein schlüsselfertig auszuführendes Wohnhaus mit zwei Geschossen für zwei Familien am Stadtrand von Berlin. Die Wohnungen sollen aus zwei Zimmern, Erker bzw. Balkon, Küche mit Jubehör, Keller und Boden bestehen; die Einrichtung soll neuzeitlicher Wohnungskultur ent- sprechen. Das Projekt ist nach seiner Art für einen Vergleich günstig.

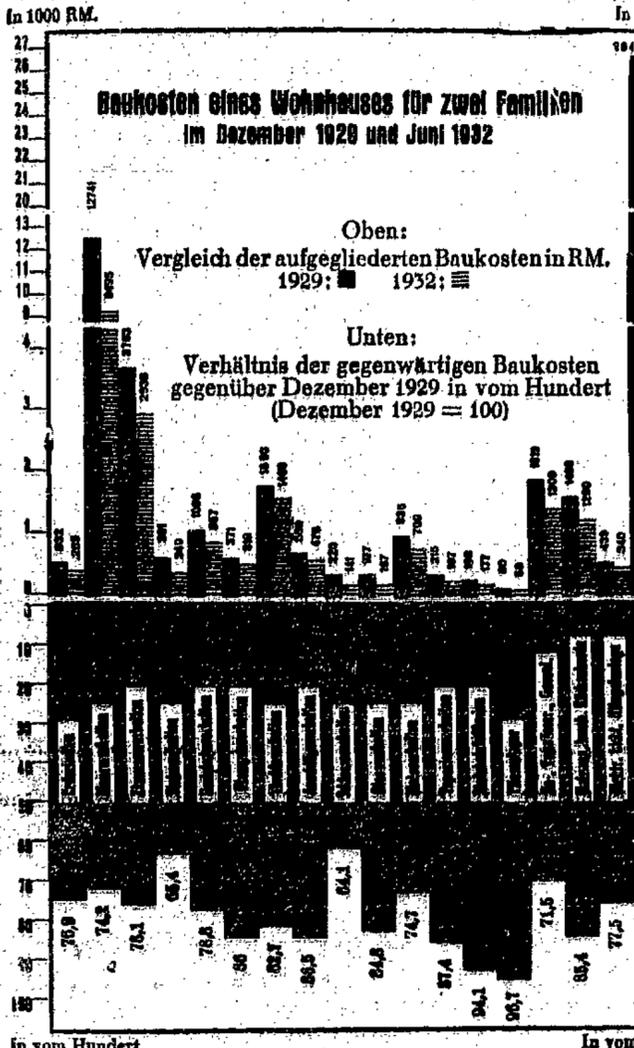
In dem Schaubild sind die Baukosten aufgeschlüsselt dargestellt. In der oberen Hälfte bringen die neben- einandergestellten Säulen ihrer Höhe entsprechend die Baukosten der betreffenden Arbeiten zum Ausdruck. Die schwarzen Säulen stellen die Baukosten vom Dezember 1929, die gestrichelten Säulen die vom Juni 1932 dar. Die darüberstehenden Zahlen sind die für die Arbeiten auf- zuwendenden Beträge in Reichsmark aufgerundet. Für die Säulen in der oberen Hälfte gelten die Bezeichnungen der darunter befindlichen. Die schwarzen Säulen in dem unteren Teil des Schaubildes stellen die gegen- wärtigen Baukosten im Verhältnis zum Dezember 1929 dar (1929 = 100).

Die Kosten für die einzelnen Arbeiten sind sehr ungleich gesunken, wie ein Bild auf das Schaubild lehrt. Der bedeutendste Einfluß auf die Minderung der Gesamtbaukosten geht von den Maurerarbeiten aus, deren Kosten um 25,8% zurückgegangen sind. Die Gesamtbaukosten sind um 23,2% gesunken.

Im Vergleich zum Bauindex, der im gleichen Zeitabschnitt um 31,8% gesunken ist, erscheint das Ergebnis unserer Untersuchung nicht besonders günstig. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Bauindex nach Berechnungen verschiedener Orte des Reiches zusammengestellt wird, das hier behandelte Bauprojekt jedoch nur Berliner Verhält- nisse entspricht. In den übrigen Orten des Reiches sind die Baukosten erheblich mehr gesunken, wofür der Bauindex der beste Beweis ist.

Das Schaubild veranschaulicht auch aus einem andern Grunde die Veränderungen der Baukosten nicht vollständig. Mit der ersten Notverordnung sind erhebliche steuerliche Vergünstigungen geschaffen worden, die durchgeführte Bauvorhaben wesentlich entlasten. Diese Vorteile betreffen die Einkommen-, Wertzuwachs-, Grund- und Vermögenssteuer; sie werden bis 1938 gewährt. Zusammengefaßt und einmalig auf die Baukosten angerechnet, ergeben sie eine weitere Baukostenminderung von mindestens 8%. Selbst in dem von uns dargestellten, nicht besonders günstigen Falle, vergrößert sich damit die tatsächliche Senkung der Baukosten auf mindestens 31%. Dazu kommen finanzielle Erleichterungen für Anlager- beiträge, Anschlüsse von Wasser, Gas und Elektrizität, die, um die Baukosten zu besparen, in vielen Orten gewährt werden und zur weiteren Baukosten- minderung beitragen.

Die Voraussetzungen, billig zu bauen, sind gegenwärtig günstiger denn je. Dagegen ist es schwierig, die Finanzierung zu sichern, da nach- stellige billige Hypotheken bei den ungünstigen Kapitalmarktverhältnissen schwer zu beschaffen sind. Wer jedoch sein Bauvorhaben sichern kann, sollte sofort mit dem Bauen beginnen, zu seinem eigenen Vorteil und im volkswirtschaftlichen Interesse.



Herabsetzung der Kostgeldbeiträge für Lehrlinge nicht ohne den Gesellenausschuß

Weil die Malermeister glaubten, bei den Lehrlingen am leichtesten und widerstandslos eine Herabsetzung der Kostgeldsätze herbeiführen zu können, beschlossen in Sachsen (wahrscheinlich auf höhere Anweisung) die Innungen, die bestehenden Kostgeldsätze um durchschnittlich 25% herab- zusetzen. Die bestehenden Gesellenausschüsse wurden dabei übergangen; denn die Innungen halten diese sowieso nur für ein Übel und schalten sie nach Möglichkeit aus. Die Gesellenausschüsse hingegen ließen sich dieses selbst- herrliche Gebahren der Innungen aber nicht überall gefallen und erhoben Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde.

Die Dresdner Innung gab einen Beschluß in der „Sächsischen Malerzeitung“ bekannt, wonach die bisherigen Kostgeldsätze von 5 M, 6,50 M, 8 M und 10 M auf 3 M, 4,50 M, 6 M und 8 M herabgesetzt wurden. Ueber diesen Beschluß beschwerten sich die Gesellenausschußmitglieder, da diese nach § 95 der Gewerbeordnung in allen Fragen über das Lehrlingswesen zu beteiligen sind.

Die Beschwerde hatte Erfolg; denn in der folgenden Nummer der „Sächsischen Malerzeitung“ mußte die Dresdner Malerzangsinnung den Rückzug antreten und den gefaßten Beschluß aufheben.

Einen ähnlichen Reifall erlebte die Malerzangs- innung Meissen, die ebenfalls die Kostgeldsätze ohne die Mitwirkung des Gesellenausschusses vornahm. Auf eine Beschwerde des Gesellenausschusses bei der Aufsichtsbehörde erging nach langer Zeit folgende Antwort:

„Rat der Stadt Meissen. Meissen, den 23. Juni 1932.“

Auf die Beschwerde vom 23. April haben wir, entgegen der Auffassung der Maler- und Lackierzangsinnung zu Meissen, im Einvernehmen mit der Gewerkekammer Dresden festgestellt, daß es sich bei der Fest- setzung der Kostgeldbeiträge für Lehrlinge um eine Aufgabe handelt, bei der der Ge- sellenausschuß mitzuwirken hat.

Die Innung hat sich auf unsere Vorstellung hin bereit erklärt, den Beschluß wieder aufzuheben.

Wir nehmen an, daß sich die Angelegenheit damit er- ledigt hat. Der Rat der Stadt.

gez.: Fried.

Offentlich lernen daraus die Innungen, daß sie ohne den Gesellenausschuß in Lehrlingsangelegenheiten nicht handeln können. Die Dresdner Malerzangsinnung hat nun in einer Innungsversammlung den Gesellenauss- chuß laden müssen, um an der Beschlußfassung teilzu- nehmen. Gegen den Protest der Gesellenausschüsse wurde der ursprüngliche Innungsbeschluß wieder herbeigeführt. Eine Herabsetzung der früheren Kostgeldsätze ist geradezu standpaß, wenn man betrachtet, wie billige Arbeitskräfte die Lehrlinge heute sind. Als die Löhne im Gewerbe stiegen und der Reichsbund seinen Mitgliedern höhere Kostgeld- sätze vorschlug, lehnten dies die Malermeister ab. Heute, wo die Löhne noch nicht einmal auf den Stand gesunken sind wie in der Zeit der Festsetzung der Kostgeldsätze, hat man es sehr eilig, auch den Lehrlingen den Hungerriemen enger zu ziehen, obwohl deren Väter zum nicht geringen Teil erwerbslos sind. Fr. Sch.

Berufsunfälle

Erfurt. In der Zahlstelle Guhl verunglückte der Jung- kollege Willi Krell am 27. Juni. Er stürzte von einer moischen Leiter und erlitt einen Bluterguß im rechten Fuß.

In der Zahlstelle Mühlhausen verunglückte vor Wochen der Kollege Gustav Enders. Der Kollege stürzte beim Bohrumlegen vom Gerüst und erlitt Knochenbrüche und einen Bluterguß in den Füßen. Der Kollege mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Hannover. Beim Streichen des dem Buchdruckerei- besitzer Schubmacher in Altrode gehörenden Hauses erlitt der Kollege Heinrich Lüders einen Unfall durch Berührung der elektrischen Leitung. Erhebliche Ver- brennungen an Hand, den Armen und besonders der rechten Hand waren die Folgen des Unfalls. Irigendwelche Schutzvorrichtungen waren nicht vorhanden. Der ver- unglückte Kollege mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Baugewerbliches

Lehrreiche Zahlen aus dem Baugewerbe.

Die Gesamtzahl der Unternehmungen im Baugewerbe beträgt nach der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 227 588. In diesen Betrieben waren 1512935 Personen beschäftigt, davon in Baubetrieben einschließlich Lehrlingen rund 1 000 000, in Nebenbetrieben 417 000, der Rest in Bauingenieur- und andern Betrieben. Die Umsätze der letzten Jahre waren folgende:

	Wohnungs- billiarden Reichsmark	Gew. Bau billiarden Reichsmark	Öffentl. Bau billiarden Reichsmark	Insgesamt billiarden Reichsmark
1924	1,10	1,23	1,11	3,44
1925	1,85	2,16	1,81	5,82
1926	2,10	1,84	1,85	5,79
1927	2,90	2,53	2,38	7,81
1928	3,20	2,90	2,72	8,91
1929	3,50	2,70	2,70	8,90
1930	2,80	2,40	1,80	7,10
1931	2,—	1,30	1,20	4,50

Die Wohnbautätigkeit des Jahre 1931 hielt sich noch auf beachtlicher Höhe. Es wurden im Jahre 1931 251 701 Wohnungen gegen 330 260 im Jahre 1930 neu erbaut. Die Abnahme beträgt 23,8 %. Und doch schon die ungeheure Arbeitslosigkeit aller im Baugewerbe Beschäftigten. Nachdem vorläufig nicht mit einem Wiedererlangen der Wirtschaft gerechnet werden kann, ist die Zukunft äußerst trübe für alle Bauarbeiter.

Bauarbeiterlöhne allgemeinverbindlich erklärt.

Die neuen von Anfang Mai 1932 geltenden Bauarbeiterlöhne sind nach einer Notiz in der „Sozialen Bauwirtschaft“, Heft 14, in den letzten Tagen für das gesamte Reichsgebiet mit vorläufiger Ausnahme der Gebiete Bayern, Thüringen und Ostpreußen mit Wirkung vom 1. Juni 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Für die genannten drei Gebiete finden in nächster Zeit noch bezirkliche Besprechungen statt, um auch hier die Allgemeinverbindlichkeit herbeizuführen. Damit sind nicht nur die an den Tarifverträgen beteiligten Verbände an die Zahlung der Tariflöhne gebunden, sondern auch die Außenleiter.

Sozialpolitisches

Dinta und Arbeitsdienstpflicht.

Wer das Dinta und seine Entwicklung kennt, kann nicht überrascht sein, daß die Arbeitsdienstpflicht bei den Dinta-Männern Zustimmung findet. So hat denn der Oberhäuptling des Dinta, Herr Dr. Arnold, kürzlich in einer Sitzung der Industrie- und Handelskammer Bochum sich zu dieser Frage mit folgenden Vorschlägen geäußert: „Der freiwillige Arbeitsdienst ist ein guter Anfang, aber mehr auch nicht. Dienst bedeutet Pflicht. Von Bedeutung kann daher der Arbeitsdienst erst werden, wenn er sich zur Arbeitsdienstpflicht entwickelt.“

Am liebsten würde es den Dinta-Leuten sein, wenn sich die Arbeitsdienstpflicht nicht nur auf die Außenarbeiten, sondern allgemein über die gesamte industrielle Produktion erstreckte. Die Tatsache, daß sich so viele Leute für die Arbeitsdienstpflicht einsetzen, ist äußerst verdächtig. Die Arbeiterschaft sollte deshalb dieser Frage größtes Augenmerk schenken, um jederzeit in der Lage zu sein, einem reaktionären Anschlag, wie es die Arbeitsdienstpflicht ist, zu begegnen.

Ein Wohlfahrtsstaat ja, aber für die andern.

Das Wort Wohlfahrtsstaat wird der Regierung Papen, solange sie am Ruder ist, in den Ohren gellen. Dafür werden wir sorgen. Wie aber der Wohlfahrtsstaat in Wirklichkeit aussieht, lehrt folgendes: Die Regierung hat dem Reichsrat eine Uebersicht über Darlehen und Bürgschaften vorgelegt, die folgende Zuschüsse und Bürgschaften an bestimmte Zweige der Wirtschaft vorsehen:

	Mill. Mark
Landwirtschaft und Ernährung	237,0
Handel, Gewerbe und Industrie	44,9
Schifffahrt und Verkehrsweesen	113,9
Milderung der Arbeitslosigkeit	114,9
Wohnungsfürsorge und Siedlung	246,2
Verchiedenes	102,6
Bürgschaften erhielten:	
Landwirtschaft	268,8
Handel und Gewerbe	689,2
Schifffahrt und Verkehrsweesen	75,7
Wohnungs- und Siedlungsweesen	175,9
Stützung von Bankinstituten rund	748,5
Verchiedenes	5,8

Wer diese ungeheuren Summen zu würdigen weiß, der wird die Behauptung, daß Deutschland zu einem Wohlfahrtsstaat der Armen geworden ist, nicht mehr gebrauchen.

Die Wirkungen der Kaufkraftminderung.

Ein deutliches Spiegelbild der Kaufkraft eines Volkes vermittelt der Umsatz des Einzelhandels. Bis vor einigen Monaten hatten sich die Mengenumsätze im deutschen Einzelhandel trotz Rückgänge der Umsatzwerte ziemlich konstant gehalten. Dies lag daran, daß der Rückgang des Einkommens durch die eingetretenen Preissteigerungen und den Uebergang der Konsumenten zu geringeren Qualitäten ziemlich ausgeglichen wurde. Die Umsätze in Waren mittlerer und niedrigerer Qualität sind dadurch gestützt worden, daß von oben her Käuferschichten nachströmten. Dies hielt sich aber, so stellt das Konjunkturinstitut fest,

Die jetzige Notzeit erfordert
von der gesamten Arbeiterschaft, wozu auch unsere alten und jungen Kollegen gehören, daß sie sich enger zusammenschließen. Fort mit der Zersplitterung in der Arbeiterbewegung. Das Ziel jedes Schaffenden sei:
wirtschaftliche Geschlossenheit der Arbeiter.

in engeren Grenzen, als die Unterstützung der Arbeitslosen noch nicht so stark gekürzt war, wie dies jetzt der Fall ist, und solange die sonstigen Mittel der Arbeitslosen, ihre Spargelder usw., noch nicht so sehr erschöpft waren wie jetzt. Und weiter heißt es in dem Wochenbericht Nr. 14: Infolge der starken Kürzungen der Unterstützungen aller Art, zusammen mit dem allmählichen Verzehr der Reserven, müssen die davon betroffenen Bevölkerungskreise ihre Ausgaben empfindlich einschränken. Verschärft wird diese Bewegung noch dadurch, daß auch die noch im Produktionsprozeß tätigen Bevölkerungskreise mehr als bisher zur Einschränkung ihres Lebensunterhalts gezwungen sind. Nicht allein ihre Einkommen sind gesunken; auch die Möglichkeiten, den Einkommensausfall bei der Bedarfsdeckung auszugleichen, haben sich vermindert: In den letzten Monaten ist der Rückgang der Einzelhandelspreise beträchtlich langsamer geworden bzw. ganz zum Stillstand gekommen. Ferner zeigt sich, daß die Möglichkeiten, das Qualitätsniveau zu verändern, nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher gegeben sind. Aus alledem folgert das Konjunkturinstitut, daß der Rückgang der Umsätze im Einzelhandel sich bald in dem Beschäftigungsgrad der Verbrauchsgüterindustrien bemerkbar macht. Der verhängnisvolle Kreislauf ist also wieder geschlossen: Die rückwärtslose Vernichtung von Kaufkraft führt zu Störungen in Handel und Industrie und die Arbeitslosigkeit wird vergrößert. So weit hat es die Regierung der „nationalen aufbauenden Kräfte“ gebracht.

Betreuung arbeitsloser Jugendlicher.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Rechnungsjahr 1931 330 835 arbeitslose Jugendliche in rund 11 700 Lehrgängen zum Zwecke beruflicher Fortbildung erfasst. Das Resultat dieser beruflichen Betreuung wird als gut bezeichnet. Die durchschnittliche Dauer der Lehrgänge betrug sechs bis zehn Wochen mit einer Wochenstundenzahl zwischen 12 und 20. Die berufliche Fortbildung von jugendlichen Arbeitslosen muß auch in Zukunft aus wirtschaftlichen und erzieherischen Gründen zur dringendsten Aufgabe der Arbeitsämter gehören.

Arbeiterleben

GA. erklärte . . .

Was hat sie erklärt?

„Dieser letzte Sonntag war ein Tag des Ruhmes. Da hat unsere herrliche GA. nicht weniger als drei Gebäude im Sturm genommen.“

„Aha, begreife. Es geht jetzt los gegen das blutsaugerische Finanzkapital. Sicher drei Bankpaläste, die erobert worden sind! Von welchen Banken waren sie?“

„Am — Bankpaläste waren es gerade nicht.“

„Aha, so — dann waren es sicher die Willen dieses reichen Schiebergesindel, gegen das unsere Führer so herrliche Reden halten.“

„Willen sind es auch nicht gewesen.“

„Also alsdann: die Fabriken blutsaugerischer Fabrikanten, die ihre Arbeiter ausplündern und ausbeuten.“

„Nicht ganz . . .“

„Ja, zum Donnerwetter, irgend so etwas muß es doch gewesen sein. Als die Partei der Ausgebeuteten und Unterdrückten hat die Naziartei doch zweifellos die Zwingsburgen und Paläste der Unterdrückter angegriffen. Was wurde denn nun eigentlich gestürmt?“

„Die Gewerkschaftshäuser in Eckernförde, Ohlau und Sagenow.“

Auch reiche Leute sterben.

In Kalifornien starb der Erfinder des Rasterapparats, King C. Gillette. Dieser ist durch die Erfindung eines praktischen Rasierapparats zu einem Multimillionär geworden. Der neue Gebrauchsgegenstand mit auswechselbarer Rasierklinge wollte sich schlecht einführen. Erst nach einer riesenhaften Reklame gelang die Verbreitung. Schließlich eroberte sich die Gilletteklinge die ganze Welt. Dem Erfinder fiel ein Riesenvermögen in den Schoß.

Auch der jetzt bei einem Flugzeugunglück in Mähren ums Leben gekommene Schuhgroßfabrikant Bata gehörte zu den vom Glück Begünsteten. Aus kleinen Anfängen entwickelte er sein Unternehmen zu dem größten dieser Branche in Europa. Da er nach einem raffinierten Arbeits- oder besser gesagt Ausbeutungssystem arbeiten ließ, niedrige Löhne zahlte und die Gewerkschaften schroff ablehnte, kamen diese oft mit ihm in Konflikt. Sollte es sich bewahrheiten, daß das Unternehmen finanziell gesund ist, dürfte es in der bisherigen Weise weitergeführt werden.

Sprachkurse.

Anfang August beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus für „Einheitskennographie“ sowie „Richtiges

Deutsch“. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 M. erhoben, Erwerbslose zahlen 5 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: C 54, Rosenthaler Straße 13 (nahe S-Bahn Börse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich, außer Sonnabends, von 2 Uhr mittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Fachliteratur

Eine neue Jugend-Werbeschule des Verbandes.

Es sind viele zwingende Gründe, die den Verbandsvorstand veranlassen, in diesem Frühjahr eine breite, umfassende Lehrlings-Werbekampagne des Verbandes im ganzen Reich einzuleiten. Unter andern zunächst die Ueberlegung, daß die Arbeiterbewegung die Jugend nicht dem jugendfeindlichen, von verborgenen Absichten getragenen Jugendfang der Reaktion untätig überlassen kann; dann die unumgängliche Reformarbeit an den Lehrungsverhältnissen unseres Berufes, die unser wartet, und die zur Gesundung des Gewerbes notwendig ist — die Notwendigkeit, die Jugend unseres Berufes angesichts des Verjagens vieler Arbeitgeber fachlich zu fördern, aber auch den organisierten Willen dieser Jugend selbst in ihrem Interesse machtpolitisch auszuwerten.

Nachdem bereits ein Werbepreiswettbewerb erlassen wurde, das sehr wertvolle Bücherpreise enthält, erschien nun in diesen Tagen in einer Auflage von 15 000 Stück eine Broschüre. Nach früheren Vorbildern ist sie wieder illustriert. Flotte Zeichnungen, Darstellungen aus der Lebens- und Arbeitswelt unserer jugendlichen Mitglieder und Verbildlichungen von Textzeilen sowie Photos aus der Jugendabteilungsarbeit beleben den Text und regen zum Lesen an. Der Text selbst enthält auf 14 Seiten alles Wichtige, was einem jugendlichen Unorganisierten unseres Gewerbes zu sagen ist, und ist so gefaßt, daß das Leseverständnis eines Jugendlichen nicht erlahmt. Hervorhebungswert ist auch das Titelbild auf dem einflussenden Karton.

Es ist nun Aufgabe der Kollegen, sich den Filialverwaltungen für die Jugendwerbung zur Verfügung zu stellen, damit der beabsichtigte Zweck unserer Werbekampagne auch erreicht wird. Die Werbeschule wird ein wertvolles Hilfsmittel sein. Die Filialen sind bereits beliefert; darüber hinaus sind Nachlieferungen — die in einzelnen Fällen auch schon verlangt wurden — noch möglich.

Literarisches

Der Rattenfänger von Braunau. In wuchtigen und unangenehm ausführlichen legt Anton Erkelenz in dieser neuen Broschüre (erschienen im Dietz-Verlag, 16 Seiten, 10 M.) dar, wie der Nationalsozialismus nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr für die Nation geworden ist. Auch dem politischen Ungenossen werden die Augen über das Treiben Hitlers und seines Anhangs geöffnet. Exemplare dieser vorzüglichen Broschüre sind erhältlich bei den Volksbuchhandlungen oder durch die Adressen:

Ein neuer Ibanes: Die Bobega. Der Spanier Vicente Ibanes, dessen wichtigste Romane von der Büchergilde Gutenberg herausgebracht werden, hat in jedem seiner Bücher eine andere Gegen seines Landes und eine andere soziale Schicht dargestellt. Auf diese Weise gelang es ihm, einen Querschnitt durch alle Klassen Spaniens zu geben. Der neu erschienene Roman „Die Bobega“, in Leinen gebunden 2,70 M. für die Mitglieder der Büchergilde, atmet einen unüberwindlichen Haß gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mächtigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge und die ihnen behilfliche katholische Kirche. Die Neuerfindung gewinnt besonders dadurch an Wert, daß die junge spanische Republik gerade jetzt vor die bringende Aufgabe gestellt ist, die alte Forderung der Proletarier nach Land und Freiheit zu erfüllen. Der Grund und Boden in Spanien ist in den Händen weniger Privilegierter, die kein Interesse daran haben, aus dem Land so viel herauszuwirtschaften, daß es zu einem allgemeinen Wohlstand reicht. Der fruchtbare Boden verkommt, weil es an Bewässerungsanlagen fehlt, und weil die Grundbesitzer eher der Kirche reiche Stiftungen machen, als ihren Arbeitern durch bessere Ernährung und Verpflegung Anlaß zu geben, sich der Bearbeitung des Bodens zu widmen. Der Schrei nach sozialer Gerechtigkeit, der durch den ganzen Roman „Die Bobega“ erklingt, wird nicht eher verstummen, als bis die spanische Republik ihn erfüllt und damit ihre Existenz gesichert hat.

Die Kneippkur — Die Kur der Erfolge. Von Sanitätsrat Dr. Albert Schaller. 2. Auflage. 11. bis 25. Laubend. 620 Seiten mit 32 Bildtafeln. Verlag Knorr & Hirth, München. Gebunden 5,70 M., in Leinen 7,20 M. — Die toeben erscheinende Neuaufgabe ist gründlich überarbeitet, erweitert und ergänzt. Neu eingefügt wurde auf vielfachen Wunsch das Kapitel über die Kneippischen Anwendungen, das die genaue Ausführung aller Güsse und Bäder an Hand zahlreicher ausgezeichneter Photos zeigt. Dem für die häusliche Krankenpflege so wichtigen Kapitel „Bis der Arzt kommt“ ist jetzt ein ausführliches alphabetisches Sachregister angefügt. Den Hauptteil des Wertes nehmen nach wie vor des Verfassers gewissenhafte Beobachtungen über die Bellerfolge der Kneippkur bei den verschiedenen Krankheiten ein. So hören wir von den Segnungen der Kneippkur bei Nerven- und Herzleiden, bei Frauenkrankheiten, bei Infektionskrankheiten, Organerkrankungen, Stoffwechselkrankheiten, Kinderkrankheiten usw. Besondere Beachtung finden auch die feinsten Heilfaktoren und die moderne Diät.

Vom 24. Juli bis 30. Juli ist die 30. Beitragswoche.
Vom 31. Juli bis 6. August ist die 31. Beitragswoche.

Sterbetafel

Berlin. Am 17. Juli starb der Kollege Karl Dim, geb. 27. Februar 1886 in Templin.
Dresden. Unser Invalide, Kollege Arno Schreiber, starb am 12. Juli an Herzschlag nach 29jähriger Mitgliedschaft.
Hannover. Am 20. Juli starb Kollege Wilhelm Gaefgen, geboren am 18. Juni 1863.
Stettin. Am 26. Juni starb der Kollege Franz Peid, geb. 6. August 1880, an Magenkrebs.
Zeitz. Unerwartet, durch Hitzschlag, verstarb am 6. Juli unser langjähriger treuer Kollege Ubin Sand.

Chreihrem Andenken!